

Protokoll

Digitale Sitzung Beirat Bürgerbeteiligung, 27.01.2022, 17:00 Uhr

Ort: Online, Bigbluebutton-Konferenz

Teilnehmer:innen:

Mitglieder des Beirates: Björn Schmidt, Karen Krüger, Torsten Hohberg, Juliane Dieckmann, Melanie Heller, Patricia Fleischer, Filip Montz, Roman Sass, Stephan Porst, Torsten Schulz, Antje Hagemann, Dr. Carsten Penzlin, Elke Schmidt, Max Rentner

Gäste: Arne Estelmann, Denis Mollenhauer, Elisabeth Haseloff, Gerhard Bley, Hans-Ulrich Kalweit Helmut M. Winkler, Herr Bruhn, Joachim Schmidt, Kristina Koebe, Kurt Massenthe, Matthias Jahr Nicola Boll, Roman Sass, Susanne Schumacher, Juliane Bähge, Dagmar Jahr

Verwaltung: Sebastian Hampf

entschuldigt: Norbert Kißhauer, Cornelia Josephine Ulrich

1. Begrüßung
2. Änderung der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls
4. Aktuelle und abgeschlossene Vorhaben
 - 4.1 Groter Pohl
 - 4.2 Hafenerweiterung
 - 4.3 Lichtenhagen Park
 - 4.4 weitere fortlaufende Vorhaben
- Beendigung der öffentlichen Sitzung –
- 5.1 Leitfaden und Satzung
- 5.2 Sprecher:innenteam
6. Sonstiges

zu 1. Begrüßung

Sebastian Hampf begrüßt die Beirat:innen sowie die Gäste zur ersten Sitzung des Beirates für Bürgerbeteiligung im Jahr 2022.

zu 2. Änderung der Tageordnung

Es kommt die Ergänzung, dass die Informationen zum Workshop Öffentlichkeitsarbeit & Marketing auf die Tagesordnung gesetzt werden soll; soll im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

zu 3. Genehmigung des Protokolls

Auf Grund von eingereichten Änderungsvorschlägen soll der Punkt im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

zu 4. Aktuelle und abgeschlossene Vorhaben

zu 4.1 Groter Pohl

Die Koordinierungsstelle informiert über den Verlauf seit der letzten Beiratssitzung:

- Empfehlung des Beirates für eine Beteiligung für das Gebiet Groter Pohl
- Da das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft eine Beteiligung im Vorhinein abgelehnt hat, sollte die Empfehlung auf die Tagesordnung gesetzt werden

- Frage: Auf welchem Wege kann die Empfehlung in der Bürgerschaft behandelt werden?
- Eine Beschlussvorlage ist nicht möglich, da die Stadtverwaltung die Empfehlung des Beirates als unabhängiges Gremium nicht vertritt
- Es verbleibt die Möglichkeit, die Empfehlung als Informationsvorlage an die Mitglieder der Bürgerschaft zu versenden, dadurch ist aber nicht garantiert, dass die Empfehlung auf die Tagesordnung gesetzt wird, da eine Fraktion die Empfehlung aus ihrer Initiative heraus auf als Antrag auf die Tagesordnung setzen muss.
- Dieser Weg ist auch eingeschlagen worden. In der letzten Bürgerschaftssitzung ist die Empfehlung des Beirates aber nicht behandelt worden.
- Dies führt zu der Diskussion, wie grundsätzlich in diesem Verfahren gehandelt werden soll
- In vielen Gesprächen mit Verwaltungsangehörigen wird nach einer Lösung gesucht. Es zeichnet sich ab, dass das Verfahren, welches vom Agenda-21 Rat durchgeführt wird: die den Bürgerschaftsfraktionen zugehörigen Beiratsmitglieder übermitteln die Beiratsempfehlungen ihren Fraktionen und tragen sie über diese auch in die Ausschüsse der Bürgerschaft
- Eine verwaltungsinterne Prüfung läuft derzeit noch.

Vorschlag aus dem Beirat:

Beiratsempfehlungen sollen generell an die Fraktionen, Ausschüsse sowie Fachämter übermittelt werden

Beitrag der Antragssteller „Initiative Pütterwegbleibt!“

- Enttäuschung über den Umgang der Beiratsempfehlung in der Bürgerschaft
- empfinden die Verfahrensweise als unangemessen
- sehen es als Geburtsfehler an, dass die Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung in der Stadtverwaltung angesiedelt ist. Dies wurde bereits in der Erstellung des Leitfadens thematisiert
- Frage nach dem aktuellen Stand der Vorhabenliste
- Vorschlag: Der Beirat für Bürgerbeteiligung solle sich bei der Bürgerschaft vorstellen

Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung:

- Die Anfrage an die Fachämter läuft gerade

Beiratsmitglieder:

- Nachfrage, wer in der Stadtverwaltung für Vorhabenliste zuständig ist
- Bei der Fraktion Bündnis90/Die Grünen soll das Thema Groter Pohl nochmals behandelt werden
- Sollen die Beiratsmitglieder, die in den Bürgerschaftsfraktionen Mitglied sind, die Empfehlungen in die Fraktionen tragen?

zu 4.2 Hafenerweiterung

Im Dezember des letzten Jahres kam eine Anfrage bei der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung herein. In dieser Anfrage wurde zum Thema „Flächenvorsorge Hafenerweiterung“ ein größeres Beteiligungsverfahren vorgeschlagen. Die Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung hat die zuständigen Akteure kontaktiert, ein Gespräch mit Mitarbeitern der Rostock Port GmbH fanden bereits statt, ein Gespräch mit dem Fachamt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft findet erst nach der Beiratssitzung statt. Zu der heutigen Sitzung sind neben der Antragstellerin Frau Schumacher vom BUND Herr Massenthe als Ortsbeiratsvorsitzender von Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof anwesend.

Die Antragstellerin stellte in einer Präsentation ihr Anliegen da. Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt. Inhalte der Präsentation waren die Bedeutung der für die Hafenerweiterung geplanten Flächen für Umwelt-, Klima- Natur- und Artenschutz sowie den

Aufenthalts- und Erholungswert in den Gebieten für die Rostocker:innen.

Es kam von Seiten eines Beiratsmitgliedes die Frage auf, ob die Hanse- und Universitätsstadt Rostock überhaupt Ansprechpartner für das Vorhaben sei, da die Regionalplanung Ansprechpartner sei.

Als Antwort kommt von der Antragsstellerin sowie weiterer Anwesenden, die sich bei diesem Verfahren engagieren, dass zwar der regionale Planungsverband Ansprechpartner ist, aber die Entscheidungen, die getroffen werden, die Rostocker:innen und Rostocker langfristig beeinflussen, weswegen sie eine umfassende Beteiligung vorschlagen. Sollte es zu den Hinweisen aus der Präsentation Fragen geben, stehen der NABU und der BUND zur Verfügung.

Informationen vom Vorsitzenden des Ortbeirats Gehlsdorf Nordost, Herrn Kurt Massenthe:

- Da das Hafenforum nicht öffentlich ist, kann man es auch nicht unter Öffentlichkeitsarbeit verbuchen
- die auf den Hafentoren vorgelegten Prognosen waren zu großen Teilen falsch
- trotzdem wurden und werden sie von der Verwaltung als „wissenschaftlich fundierte Ergebnisse“ den Entscheidungsträgern und Bürgern übermittelt (Prof. Breizmann).
- in dem Gutachten zu den geplanten Erweiterungsgebieten Rostock Ost und Rostock West vom Mai 2021 ist unter Punkt 2 „Seeverkehrsprognose“ ein Umschlag von 21 Mio/t (2004) auf 2025 von 52 Mio/t vorausgesagt.
- tatsächlich ist in den letzten Jahren nur eine Steigerung von ca. 1,3% erreicht worden. Das Rekordergebnis wurde 2021 mit 28 Mio/t erreicht.
- Auf der Verbandsversammlung des Planungsverbandes Region Rostock, im Dezember 2021, wurden auf der Grundlage dieser Prognosen die Umwandlung der Vorbehaltsgebiete in Vorranggebiete beschlossen.
- der Hafen hat zurzeit 760 ha Nutzfläche und im Vergleich mit anderen kleineren Häfen nur einen minimalen größeren Umschlag. Schätzungen sprechen von ca. 15% der Fläche, die für das Betreiben des Hafens notwendig sind.
- alle anderen Flächen sind industrielle oder gewerbliche Ansiedlungen!
- jetzt sollen für die Erweiterung des Hafens Flächen des optimierten Layouts von insgesamt 375 ha dazukommen.
- hierfür sollen die Schutzgüter Kliff, Moor, Salzwiesen und Wald zerstört werden
- das Verschlechterungsverbot der Uferzonen gemäß EU-Richtlinie (EUWRR 2000) soll umgangen werden.
- eine Wohnsiedlung mit 40 Häusern soll abgerissen werden.
- mindestens drei Kleingartensiedlungen sollen zerstört werden.
- der Rest der Ortslage Krummendorf ist dann von Industrieanlagen umzingelt. Wie will man die TA-Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) und andere Emissionswerte einhalten?
- die Beeinträchtigungen benachbarter Stadtteile wie Gehlsdorf, Langenort, Toitenwinkel, Hinrichsdorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Schmarl und Groß Klein wird billigend in Kauf genommen. Der Rechtsstreit ist programmiert.
- das zu Wohnzwecken genutzte Privateigentum ist durch das Grundgesetz geschützt. Höchstrichterliche Entscheidungen (Bundesverwaltungsgericht) liegen vor und werden ignoriert.
- erhebliche Bedrohungen, wie der Bau des Fehmann-Belt-Tunnels und der geplante polnische Tiefseehafen werden nicht berücksichtigt
- Die allesentscheidende Frage lautet: Braucht der Hafen mehr zusätzliche Flächen für seine originären Aufgaben? Antwort: „Nein“.
- Der Begriff „Hafen“ wird für die Industrie- und Gewerbeansiedlung für diesen Standort missbraucht. Diese Ansiedlungen brauchen keine Kaikanten. Es gibt freie Flächen in Rövershagen; Laage und z. B. das Wertfeldgelände.
- Abschließend wird darauf hingewiesen, dass folgende Gutachten dem Ortsbeirat nicht zur Verfügung stehen:
 - a) vom Anlagenberater Dr. Bohne (Seehäfen) Zusage: 12.08.2021
 - b) Gutachten der IHK Rostock zur Fehmann-Belt-Querung
 - c) Seehafengutachten vom November 2020

d) Gutachten zu den geplanten Erweiterungsgebieten SHR Ost u. West

Einige Beirat:innen sprechen sich für eine Beteiligung aus, da aber noch nicht alle Informationen vorliegen, kann in der heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen werden. Wenn alle Informationen den Beirat:innen zugesendet wird, kann in der nächsten Sitzung im Februar eine Beteiligungsempfehlung ausgesprochen werden.

Es wurde vereinbart, dass die Personen, die heute Auskünfte zum Thema Hafenerweiterung gegeben haben, diese schriftlich einreichen, damit Sie in die weitere Diskussion als Informationsgrundlage genommen werden können.

Des Weiteren soll auch die derzeitige aktuelle Zeit in der Beiratsempfehlung seinen Platz finden. Die Wertekrise wirft Fragen zur Hafenerweiterung auf.

zu 4.3 Lichtenhagen Park

Mitarbeiter:innen der Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS) hat im Zuge des Rahmenplans Lichtenhagen einen Beteiligungsprozess zum Park in Lichtenhagen eröffnet und am letzten Mittwoch ein Beteiligungskonzept erstellt. Dieses wird mit Frau Schmidt, die sich der Thematik angenommen hat, besprochen. Den anderen Beiratsmitgliedern werden die Informationen auch zugesendet.

zu 4.4 weitere fortlaufende Vorhaben

Lange Straße Fahrradstraße:

Zeitgleich wird gerade im stattfindenden Fahrradforum über die Fahrradstraße Lange Straße informiert. Die Koordinierungsstelle war am Prozess zur Beteiligungsstrategieerstellung beteiligt. Im Vorhinein gab es von der IHK und vom radentscheid Stellungnahmen, die das Projekt kritisieren. Ziel: Durch Bürgerbeteiligung sollen die unterschiedlichen Ansichten an einen Tisch gebracht werden, um in eine gemeinsame Richtung gehen zu können, damit die Fahrradstraße gut starten kann.

Sommerstraße Am Brink:

Beim Forum waren viele Leute (50 Personen anwesend) dabei, die Diskussionen in den Gruppen war anregend. Es hat sich kein konkretes Bild abgezeichnet, wie die Sommerstraße 2022 aussehen soll. → Anfang Februar: Tagung Runder Tisch (Ergebnis der Beteiligung und werden die Ergebnisse der Universität präsentiert). Dann: Ortsberiat KTV soll mit Votum des Runden Tisches eine Entscheidung treffen. Herr Schmidt: Richtig gute Veranstaltung, Lob an die Organisatoren, viele tolle Ergebnisse. Ergebnisse werden auf der Internetseite aufbereitet dargestellt.

Fritz-Reuter-Straße:

Fritz-Reuter-Straße: Veranstaltung im Dezember war gut besucht (70 Leute). Kritik, dass es mehr Information als Beteiligung war. Da es aber nur eine Informationsveranstaltung war, kann von keiner richtigen Beteiligung gesprochen werden. Bei den nächsten Bauabschnitten soll deutlich früher Beteiligung angesetzt werden. Kritik ernst nehmen, und für ein nächstes Projekt mitnehmen. Umfangreiche Information wurde positiv bewertet. FAQ mit Fragen aus dem Chat auf Fritz-schafft-Platz zu finden.